APA0224 5 II 0191 Fortsetzung Fr, 24.Mai 1991

Gemeindetag/Vorarlberg

38. Österreichischer Gemeindetag in Bregenz 2 Bregenz/APA

Utl.: Purtscher fordert "strategische Allianz der Länder und Gemeinden" =

Österreich stehe mit der europäischen Integration, mit der Anpassung des österreichischen Steuersystems an jenes der EG, finanzpolitisch vor der größten Herausforderung seit der Währungsreform, erklärte der Vorarlberger Landeshauptmann Martin Purtscher und meinte dann wörtlich: "Die Länder und Gemeinden tun gut daran, gerade jetzt eine strategische Allianz zu bilden". Angestrebt werden müsse eine föderalistische Finanzordnung, ohne die eine echte Bundesstaatlichkeit nicht möglich ist. Konkret nannte Purtscher vier Punkte, auf die Vorarlberg bei den Verhandlungen drängen wird: ****

Die Finanzverfassung müsse in das Bundes-Verfassungsgesetz integriert werden. Zweitens müsse, so Purtscher, der Kernbereich der Abgabenhoheit der Länder und der Ertragshoheit der Länder und Gemeinden bundesverfassungsgesetzlich festgelegt werden. Dritter Punkt ist die Paktierung des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Als vierten Punkt erklärte Purtscher, Vorarlberg werde darauf drängen, daß steuerpolitische Maßnahmen, die vom Bund während der Geltung eines Finanzausgleichs beschlossen werden und die sich auf die Finanzlage der Länder und Gemeinden nachteilig auswirken, voll ersetzt werden. Dasselbe müsse, so Purtscher, für Ausgabensteigerungen gelten, die bei den Ländern und Gemeinden durch bundesrechtliche Maßnahmen entstehen.
(Forts. mögl) fvo/si

APA224 1991-05-24/13:41

APA0221 5 II 0244 Fr, 24.Mai 1991

Gemeindetag/Vorarlberg

38. Österreichischer Gemeindetag in Bregenz 1

Utl.: Bundespräsident warnt vor "Informationsschwäche" bei Integrationspolitik =

Bregenz (APA) - Bundespräsident Kurt Waldheim hat am Freitag vor dem Österreichischen Gemeindetag in Bregenz auf einen starken Wertewandel in der österreichischen Bevölkerung hingewiesen, und in diesem Zusammenhang vor "Informationsschwäche" bei der Integrationspolitik gewarnt. Der Vorarlberger Landeshauptmann Martin Purtscher appellierte an die Vertreter der Gemeinden, bei den bevorstehenden Verhandlungen zu einer neuen Finanzverfassung gemeinsam mit den Ländern eine föderalistische Finanzordnung anzustreben. ****

Der Wertewandel in der österreichischen Bevölkerung stehe zum Teil im Widerspruch zu den politischen Entwicklungen in Österreich, sagte der Bundespräsident. Die Menschen suchten wieder die kleine, überschaubare Lebenswelt, die Naturnähe und eine ausgeprägte Individualität. Jede Autorität, Institution und bürokratischer Struktur stoße auf Widerstand. Aus diesem Bedürfnis nach einer "neuen Geborgenheit" wachse, so Waldheim, auch Unbehagen und Angst gegenüber der Frage

von Zuwanderern, aber auch gegenüber der Möglichkeit einer bürokratischen Zentralgewalt in einem größeren Europa.

Waldheim dann wörtlich: "In beiden Fragen dürfen wir uns gegenüber dem Bürger keine Informationsschwäche erlauben. Es ist wichtig, daß unsere Landsleute zeitgerecht erfahren, welche Veränderungen sie tatsächlich zu erwarten haben - und welche Ängste unbegründet sind. Es ist wichtig, daß wir den Menschen deutlich machen, daß Österreich zwar vor einer verstärkten Zuwanderung, aber sicher vor keiner unbegrenzten Völkerwanderung steht. Und daß ein neues Europa von seinen Bürgern - auch außerhalb Österreichs - nur dann als lebenswert akzeptiert wird, wenn es die Vielfalt und Autonomie seiner Regionen und Gemeinden schützt und stärkt."
(Forts.) fvo/si

APA221 1991-05-24/13:38

OTS0055 5 II 0333 BPK001 *Fr, 24.Mai 1991*

Waldheim/Gemeindetag

Bundespräsident verweist vor Gemeindetag in Bregenz auf Wertewandel

in Österreich
Waldheim warnt vor "Informationsschwäche" bei Integrationspolitik =

Wien - Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim hat am Freitag vor dem Österreichischen Gemeindetag in Bregenz auf einen starken Wertewandel in der österreichischen Bevölkerung hingewiesen, der zum Teil im Widerspruch zu den politischen Entwicklungen in Österreich stehe. Die Menschen suchten wieder die kleine überschaubare Lebenswelt, die Naturnähe und eine ausgeprägte Individualität. Jede Art von Autorität, Institution und bürokratischer Struktur stoße auf Widerstand. Aus diesem Bedürfnis nach einer "neuen Geborgenheit" wachse, so Waldheim, auch Unbehagen und Angst gegenüber der Frage von Zuwanderern, aber auch gegenüber der Möglichkeit einer bürokratischen Zentralgewalt in einem größeren Europa.

Waldheim dann wörtlich: "In beiden Fragen dürfen wir uns gegenüber dem Bürger keine Informationsschwäche erlauben. Es ist wichtig, daß unsere Landsleute zeitgerecht erfahren, welche Veränderungen sie tatsächlich zu erwarten haben - und welche Ängste unbegründet sind. Es ist wichtig, daß wir den Menschen deutlich machen, daß Österreich zwar vor einer verstärkten Zuwanderung, aber sicher vor keiner unbegrenzten Völkerwanderung steht. Und daß ein neues Europa von seinen Bürgern - auch außerhalb Österreichs - nur dann als lebenswert akzeptiert wird, wenn es die Vielfalt und Autonomie seiner Regionen und Gemeinden schützt und stärkt".

Vor Bürgermeistern aus ganz Österreich meinte Waldheim, gerade die österreichischen Gemeinden seien "der wichtigste Seismograph am Puls des gesellschaftlichen Wandels in unserem Land. Von der Fähigkeit der Gemeindepolitiker, Antworten auf die Erwartungen und Ängste der Bürger zu finden, hängt es weitgehend ab, wie viel - oder wie wenig - Vertrauen der Bürger in die Politik und die Politiker hat". Der Bundespräsident verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß die Akzeptanz der Gemeindepolitiker in der Bevölkerung weitaus größer sei, als die des politischen Mandatars in der fernen Großstadt. Die Bedeutung der Gemeinden als Schauplätze einer funktionierenden Basisdemokratie, als Motor der Konjunktur und als Zentralen des Umweltschutzes sei heute unbestritten. "Die Autonomie der Städte und Gemeinden ist eine der Grundsäulen unserer Verfassung. Nur lebenswerte und dynamische Gemeinden können die Zukunft Österreichs sichern."

nnnn

OTS055 1991-05-24/11:31

OTS0049 5 II 0161 NNK001 *Fr, 24.Mai 1991*

noe landesregierung/gemeindetag

praes. romeder beim gemeindetag:

kommunale finanzhoheit auch in eg-europa =

wien - fuer eine beibehaltung der gemeindeautonomie und der da-mit untrennbar verbundenen kommunalen finanzhoheit setzte sich der praesident des oesterreichischen gemeindebundes, franz romeder, beim gestern und heute in bregenz stattfindenden 38. oesterreichischen gemeindetag ein. konkret verlangte er:

- keinen anschlag gegen gemeindeeigene steuern im rahmen der zweiten steuerreform,
- keine einseitige gemeindebelastung durch die aus der reform entstehenden kosten,
- neuregelung der getraenkebesteuerung von einer verbrauchsabgabe in eine verkehrssteueraehnliche abgabe. ziel dabei: sicherung der gemeindeeigenen ertraege und ausschaltung der bisherigen ungleichbehandlung zwischen gastronomie, handel und grossmaerkten (auch schutz des kleinen kaufmannes),
- abschaffung des 'abgestuften bevoelkerungsschluessels' im finanzausgleich.

grundsatz in der kuenftigen kommunalen entwicklung: die in der verfassung verankerte gemeindeautonomie, die sich hervorra-gend bewaehrt hat und auch international vorbildlich ist, muesse durch eine entsprechende finanzhoheit der gemeinden, auch im hin-blick auf alle eg- und ewr-plaene, gewaehrleistet werden, betonte romeder.
nnnn

OTS049 1991-05-24/11:21

APA0356 5 II 0219 Forts. zu APA337 Do, 23.Mai 1991

Gemeindetag/Vorarlberg

Österreichischer Gemeindetag in Vorarlberg 2 Bregenz/APA

Utl.: Romeder: "Getränkesteuer darf nicht angekabbert werden" =

Die Gemeinden würden es nicht hinnehmen, daß die Getränkesteuer - eine Gemeindesteuer - "angeknabbert" werde. Dies forderte am Donnerstag der Präsident des österreichischen Gemeindebundes, Franz Romeder, auf der 38. österreichischen Gemeindetagung in Bregenz im Hinblick auf die bevorstehende zweite Etappe der Steuerreform. Die Getränkesteuer dürfe nicht zu Lasten der Gemeinden verändert werden. Gesprächsbereit zeigten sich Gemeinden allerdings im Hinblick auf die Getränkebesteuerung in der Gastronomie. Außerdem verlangen die Gemeinden eine verbriefte Mitsprache beim Finanzausgleich. ****

Die finanzielle Lage der Gemeinden hätte sich in den vergangenen zwei bis drei Jahren etwas gebessert, erklärte Romeder. Ein Grund dafür wäre vor allem die allgemein gute Wirtschaftskonjunktur, zu der die Gemeinden einen großen Teil beigetragen hätten.

In bezug auf die bevorstehende Steuerreform verlangten die Gemeinden, daß die Getränkesteuer nicht verändert werde. Außerdem müsse die Verbrauchssteuer in eine Verkehrssteuer umgewandelt werden. Denn nur so wäre es möglich, dem Ungleichgewicht zwischen den Großmärkten und den kleinen Nahversorgungsbetrieben in vielen Landgemeinden entgegenzuwirken, erklärte Romeder. Derzeit wäre es noch möglich, daß Großmärkte ihre Produkte "zum Teil ohne Besteuerung" anbieten könnten.

Beim Finanzausgleich verlangen die Gemeinden die Abschaffung des "abgestuften Bevölkerungsschlüssels", der auf Kosten kleiner und jetzt schon finanzschwacher Gemeinden gehen würde. Die Gemeinden fordern deshalb eine verbriefte Mitsprache beim Finanzausgleich.
(Schluß) fvo/je/cb

APA356 1991-05-23/16:32

APA0337 5 II 0253 *Do, 23.Mai 1991*

Gemeindetag/Vorarlberg

Österreichischer Gemeindetag in Vorarlberg 1

Utl.: Gemeinden fordern Terminverschiebung beim Wasserrechtsgesetz =

Bregenz (APA) - Nach Ansicht der Gemeinden wäre das neue Wasserrechtsgesetz finanziell und zeitlich nicht durchführbar, erklärte heute, Donnerstag, der Vorstand des österreichischen Gemeindebundes auf dem 38. Gemeindetag in Bregenz. Zudem dürfe die Finanzhoheit der Gemeinden durch die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) nicht eingeschränkt werden. Der Gemeindetag, bei dem rund 1.500 Teilnehmer aus 2.100 österreichischen Gemeinden anwesend sind, findet zum Thema "Gemeindeautonomie und Finanzhoheit" statt, und dauert bis Freitag. ****

Kritikpunkte der Gemeinden seien vor allem das neue Wasserrechtsgesetz und die in der Steuerreform geplanten Veränderungen der Getränkesteuer, erklärte der Präsident des österreichischen Gemeindebundes, Franz Romeder. Die im neuen Wasserrechtsgesetz vorgeschriebenen Maßnahmen zu Sanierung der Abwasserreinigungsanlagen wären zeitlich nicht durchführbar. Das Gesetz, mit seinen "strengen Emissionsgrenzen" sehe bei einem überschreiten der Werte "binnen zwei Jahren ein Sanierungsprojekt und binnen zehn Jahren eine neue Abwasserreinigungsanlage" vor, erklärte Romeder. Damit käme es zu einer Überforderung der Planer, der Bauwirtschaft und der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden.

Um die Finanzierung gewährleisten zu können, müßte der Ökofonds des Bundes von derzeit sechs auf 20 Millionen Schilling jährlich aufgestockt werden, forderte Romeder. Falls es zu keiner "realistischen Neufestsetzung" der im Gesetz vorgesehenen Termine komme, befürchtet Romeder eine Kriminalisierung der Bürgermeister, die Sanierungen nicht einhalten könnten.

Im Hinblick auf die EG- und EWR-Bestrebungen sind sich die Gemeinden einig: Die in der Verfassung verankerte Gemeindeautonomie, müsse durch eine entsprechende Finanzhoheit der Gemeinden gewährleistet werden, erklärten Romeder und der Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, Gerhard Köhlmeier.
(Forts. mögl.) fvo/je/cb

APA337 1991-05-23/16:06

APA0250 5 II 0233 *Mi, 22.Mai 1991*

Gemeindetag/Vorarlberg/Vorschau

Österreichischer Gemeindetag in Vorarlberg

Utl.: Zentrale Themen: Gemeindeautonomie und Finanzhoheit =

Bregenz (APA) - Am 23. und 24. Mai findet im Bregenzer Festspiel-und Kongreßhaus der 38. Österreichische Gemeindetag, die größte kommunalpolitische Jahresveranstaltung in Österreich, statt. Zentrales Thema der Veranstalung werden die "Gemeindeautonomie und Finanzhoheit" sein. ****

Zusammen mit den Fragen der Gemeindeautonomie und der Finanzhoheit stehen die Probleme, die auf die Gemeinden im Zusammenhang mit den EG- und EWR-Bestrebungen zukommen, im Vordergrund. Ein anderer zu behandelnder Punkt wird auch der Umweltschutz sein. Dabei soll es vor allem um die Vollziehbarkeit des neuen Wasserrechtes gehen. Diese hatte in der letzten Zeit große Probleme aufgeworfen.

Der Gemeindetag wird am Donnerstag nachmittag mit einer Fachtagung zum Tagungsthema beginnen. Dabei soll ein Spitzenreferent aus Bayern über die Finanzausstattung und die Auswirkungen der EG auf die Bayrischen Gemeinden sprechen. Der Vorarlberger Finanzlandesrat Guntram Lins referiert über die "Erhaltung und den Ausbau der Finanzhoheit aus der Sicht des Landes".

Am Freitag vormittag soll Finanzstaatssekretär Günter Summvoll bei der eigentlichen Plenarveranstaltung des Gemeindetages zum Tagungsthema referieren. Eröffnet wird die Plenarveranstaltung vom Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, Franz Romeder. Der Vorsitz der Tagung wird der Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, der Bürgermeister von Hard (Bezirk Bregenz), Gerhard Köhlmeier, haben. Für die Gattinnen der Österreichischen Bürgermeister ist ein Besuch der Vorarlberger Landesausstellung "Kleider und Leute" und eine Schiffahrt zur Bodenseeinsel Mainau (BRD) geplant.
(Schluß) fvo/dru/ig

APA250 1991-05-22/13:51

OTS0064 5 II 0175 NNK002 Mi, 22.Mai 1991

noe landesregierung/38. oesterreichischer gemeindetag

38. oesterreichischer gemeindetag:

um gemeindeautonomie und finanzhoheit =

wien - in den naechsten beiden tagen, am 23. und 24. mai, findet im festspielhaus in bregenz der 38. oesterreichische gemeindetag, die groesste kommunalpolitische jahresveranstaltung in oesterreich, statt. zentrales thema ist 'gemeindeautonomie und finanzhoheit'. dazu referiert bei der plenarveranstaltung des gemeindetages am freitag, 24. mai, ab 9.30 uhr finanzstaatssekretaer dr. guenter stummvoll. die wuensche und anliegen der gemeinden vertritt der praesident des oesterreichischen gemeindebundes, franz romeder. be-reits morgen, donnerstag, 23. mai, findet zum tagungsthema im bre-genzer festspielhaus ab 15 uhr eine fachtagung statt. dabei wird ein spitzenreferent aus bayern ueber die finanzausstattung der bay-rischen gemeinden und auswirkungen aus der eg sprechen. zusammen mit den fragen der gemeindeautonomie und finanzhoheit stehen zwei weitere themen im vordergrund: und zwar die probleme, die auf die gemeinden im zusammenhang mit den eg- und ewr-bestrebungen zukom-men, sowie aktuelle wuensche im zusammenhang mit dem umweltschutz. hier geht es vor allem um die vollziehbarkeit des neuen wasser-rechtes, die grosse probleme aufgeworfen hat.
nnnn

OTS064 1991-05-22/12:13